

Pressemitteilung vom 05.05.2008

Büchergeld: Nun ist der Landtag am Zug

"Wir begrüßen, dass die Staatsregierung beim Büchergeld im Grundsatz jetzt den richtigen Weg beschreitet. Aber es ist nicht einzusehen, dass die Kommunen für die Fehler beim Büchergeld finanziell bluten müssen", erklären der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, sowie die Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Uwe Brandl, des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, und des Verbands der bayerischen Bezirke, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein: **"Die Kommunen sind enttäuscht von der Staatsregierung. Nun ist der Landtag am Zug, um eine faire Regelung für das Büchergeld zu finden. Der Landtag betont immer wieder, wie kommunalfreundlich er ist: Nun kann er es beim Büchergeld beweisen"**.

Die Staatsregierung hat dem Bayerischen Landtag am 29. April 2008 einen Gesetzentwurf zugeleitet, der ab Mai im Parlament beraten wird. **"Der Gesetzentwurf der Staatsregierung lässt die Kommunen im Regen stehen"**. Für das Schuljahr 2007/08 bleiben die Kommunen auf Kosten von rund 15 Millionen Euro sitzen, weil die Staatsregierung bereits Ende 2007 erklärt hat, dass das Büchergeld nicht mehr erhoben werden muss. Diese Aufhebung der gesetzlichen Pflicht führte dazu, dass von da an praktisch keine Kommune das Büchergeld erheben konnte. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen als Ausfallbürge einspringen.

Daneben sehen die Kommunen jährliche Mehrkosten auf sich zurollen, falls der Gesetzentwurf der Staatsregierung umgesetzt würde: **"Wir bleiben künftig auf**

mindestens 6,3 Millionen Euro mehr pro Jahr sitzen als vor der unglücklichen Einführung des Büchergelds im Jahr 2005", monieren die Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände: **"Das Konnexitätsprinzip (nach dem Motto ‚wer anschafft, soll auch bezahlen‘) verlangt zumindest, dass wir nicht schlechter gestellt werden als vorher"**. Nach Ansicht der vier kommunalen Spitzenverbände müsste der Staat deshalb von den rund 50 Millionen für den jährlichen Bedarf an Schulbüchern an öffentlichen Schulen drei Viertel übernehmen - das würde in etwa der alten Rechtslage entsprechen.

Dr. Achim Sing, Pressereferent Bayerischer Städtetag,
Prannerstraße 7, 80333 München, Tel. 089/290087-13
<mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de>, www.bay-staedtetag.de